

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Ruedi Keller, SP): Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen stärken durch proaktive Information

Die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Bern hat mit dem Kinderparlament, der Jugendmotion und den Ansprechpersonen in den Stadtteilen sehr gute Instrumente. Die Kinder und Jugendlichen schätzen und nutzen die Möglichkeiten, aktiv einzugreifen und ihre Anliegen und Interessen anzubringen. Indem sie das Recht haben, über ihren Lebensraum, ihre „Welt“, in der sie einen grossen Teil ihrer Zeit verbringen, mitzubestimmen, fühlen sie sich ernst genommen. Es kommt aber vor, dass sie dieses Recht nicht ergreifen können, da sie gar nicht informiert sind über Vorhaben, die in ihrem Lebensraum geschehen und sie betreffen. Etwa, wenn ohne Vorwarnung und Erklärung plötzlich Spielgeräte abgebaut werden, wie kürzlich in der Länggasse geschehen, oder wenn sich Vorhaben verzögern und niemand weiss, wieso und wie lange. Die bestehenden guten Instrumente der Mitwirkung sollten deshalb ergänzt werden mit verstärkter, proaktiver Information der Kinder und Jugendlichen. Denn informiert sein ist die Basis der Mitwirkung.

Diese Informationen können beispielsweise erfolgen durch

- einen regelmässigen Info-Brief über geplante Veränderungen und den aktuellen Stand von Projekten, welche Kinder und Jugendliche betreffen, konkrete Angebote zur Mitwirkung usw.,
- eine regelmässige Veranstaltung (z.B. Workshops mit aktuellem Info-Teil) für Kinder und Jugendliche im Quartier,
- direkte Ansprache der Kinder und Jugendlichen als spezifische Zielgruppen durch die Quartierkommission (gemäss Art. 87 ff RPR) und im Rahmen einer zukünftigen Sozialraumplanung.

Die Informationen können beispielsweise durch die Quartierkommission (gemäss Art. 87 ff RPR) oder die offizielle Ansprechperson für Kinder erfolgen und via Schülerräte kommuniziert und abgegeben werden. Viele weitere Informationsmittel und -kanäle, z. B. Infosäulen (wie im Stadtteil IV) sind denkbar. Voraussetzung dafür ist eine offensive Informationspolitik der einzelnen Verwaltungsstellen gegenüber den Verantwortlichen im Stadtteil. Die Kultur der Mitwirkung und Zusammenarbeit muss aktiv gefördert werden.

Wir bitten den Gemeinderat – z. T. unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen – zu prüfen,

1. mit welchen Mitteln und Massnahmen die proaktive Information der Kinder und Jugendlichen in den Stadtteilen über die sie betreffenden Themen und Lebensräume verstärkt und
2. wie die Kultur der Mitwirkung und der Zusammenarbeit mit den Quartieren in der Stadtverwaltung gefördert werden kann.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Ruedi Keller, SP), Thomas Göttin, Christof Berger, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Beni Hirt, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Michael Aebersold, Andreas Zysset

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die positive Beurteilung der Postulantinnen und Postulanten bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bern. Auch er freut sich über die rege Nutzung dieser Formen und Instrumente und die Bereitschaft der Kinder und Jugendlichen, sich in ihrem Lebensumfeld, in ihrer Stadt aktiv einzusetzen für ihre Anliegen und Interessen.

Gemäss Reglement über die Mitwirkung für Kinder und Jugendliche (MWRG) hat der Gemeinderat für die Förderung der Partizipation in den Quartieren Ansprechpersonen ernannt. Diese nehmen Anliegen entgegen, klären sie allenfalls direkt ab oder leiten sie an das Jugendamt der Stadt Bern weiter, das eine verwaltungsinterne Abklärung veranlasst. Die Antragsstellen erhalten innerhalb von drei Monaten eine fundierte Antwort über die Umsetzbarkeit ihres Anliegens. Die Ansprechpersonen haben sich in den Stadtteilen gut etabliert und werden kontaktiert. Es zeigt sich aber auch, dass noch viele Kinder und Jugendliche zu wenig über ihre Rechte und Möglichkeiten der Mitwirkung informiert sind.

Der Gemeinderat ist deshalb bereit, unter Einbezug der Quartierkommissionen, der Ansprechpersonen in den Stadtteilen und der beteiligten Dienststellen der Stadtverwaltung weitere Wege und Massnahmen zur proaktiven Information von Kindern und Jugendlichen zu prüfen.

Folgen für Finanzen und Personal

Im heutigen Zeitpunkt sind dazu keine Aussagen möglich.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 19. Dezember 2007

Der Gemeinderat